

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 4

Artikel: Die Rolle der Weltwirtschaft in der Migration
Autor: Lanz, Anni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Rolle der Weltwirtschaft in der Migration

An einer Berner Benefizveranstaltung spielte eine multinationale Laienschauspielgruppe die Situation eines mit einer Schweizerin verheirateten Ausländers: Der ausländische Ehemann verrichtet, die Schürze umgebunden, gedemütigt die Hausarbeit; die Schweizer Ehefrau kommt von ihrer anspruchsvollen Berufsarbeit nach Hause und lässt sich von ihm die Füsse massieren und die Pantoffeln anziehen. Der Ehemann – eine lebendige Karikatur – bringt in seiner Haltung und in seinen Worten zum Ausdruck, dass ihm seine ganze «Männlichkeit» abhanden gekommen ist.

Anni Lanz

Das Stück gab eine Genderperspektive von Migration aus männlicher Optik wieder und war geprägt von der Angst vor Machtverlust. Ist der globale Markt von «einer Auflösung und Schwächung der lokalen, patriarchal geprägten Kulturen begleitet», wie dies Brigitte Young in ihrem Artikel «Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie»¹ beobachtet? Wirtschaftliche Entwicklungen sind immer Prozesse der Umstrukturierung, die nicht nur die Ressourcen-, Produktions- und Arbeitsverteilung, sondern auch die Gesellschafts- und die Geschlechterverhältnisse erfassen. Das Besondere an der heutigen Wirtschafts-

entwicklung ist wohl, dass sie sich sehr rasch und weltumspannend abspielt und das Verhältnis unter den Menschen mit ihrem globalen Konkurrenzprinzip nicht nur geschlechtermässig, sondern auch nach geographischer Herkunft prägt. Weltweite Beziehungen gehen nicht nur die sogenannten Global Players, sondern auch MigrantInnen ein, die in fast jeder grösseren Stadt der Welt über ein soziales Netz ihrer Exilgemeinschaften verfügen. Die dominanten Gesellschaftsmitglieder reagieren mit Angst vor Machtverlust, beispielsweise mit Rassismus. Dieses Phänomen ist jedoch nicht bloss als Reaktion auf einen möglichen Machtverlust, sondern als strukturelles Element des Entwicklungsprozesses zu beobachten.

Sesshaftigkeit unerwünscht

In der heutigen Globalisierungsdebatte wird häufig betont, dass die wirtschaftliche Globalisierung die nationale Politik schwächt.² Die internationale Wirtschaftskonkurrenz, die Entscheidungsmacht globaler Wirtschaftsakteure schränken nationale Demokratieprozesse ein. Die Demokratie verliert immer mehr Handlungsraum an die Finanzwelt.³ Die wirtschaftlichen Grossmächte und die von ihnen kontrollierten Organisationen (OECD, IWF, WTO) verursachen die Ver-

¹ Brigitte Young: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie, in PROKLA 111, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Berlin 1998.

² Carlo Knöpfel: Soziale Politik im Globalisierungsprozess, in Rote Revue, Nr. 1/1999.

³ Plattform der internationalen Bewegung ATTAC, Bern, Juli 1999.

armung ganzer Bevölkerungsgruppen und tragen damit mitunter auch wesentlich zu innerstaatlichen «ethnischen» Konflikten bei.⁴ Doch werden nicht alle Wirtschaftsbereiche in gleichem Umfang einem globalen Raum geöffnet. Brigit Mahnkopf und Elmar Altvater⁵ weisen auf die Beziehung zwischen globalen Funktionsräumen und den immer noch im wesentlichen nationalen Arbeitsmärkten hin, die die heutigen Migrationsformen bestimmen. Während die früheren Migrationsbewegungen hauptsächlich auf der Nachfrage nach Vollzeitarbeitskräften für die Industrie beruhten, so sind heute, mit dem internationalen Wettbewerb der Standorte, mehr Beschäftigte für instabile Arbeitsverhältnisse gefragt. Sesshaftigkeit kann sich deshalb zu einer Eigenschaft entwickeln, die der standortvorteilhaften Nachfrage nach mobilen und flexiblen Arbeitseinsätzen weniger entspricht. Mit dieser Mobilitätsanforderung sind auch hochqualifizierte Arbeitskräfte konfrontiert – ebenfalls «InländerInnen» aus den sogenannten Zuwanderungsländern.

Hinter dem ökonomischen «Freiheitskonzept» steht die Vorstellung, dass sich «Individuen» gleich wie Waren, Dienstleistungen und Kapital transferieren lassen und sich den Marktgesetzen unterwerfen. Menschen sind jedoch – bei aller Individualität – soziale Wesen, brauchen den Rückhalt von sozialen Netzen, leben mit Kindern und betagten Angehörigen zusammen, die ein einigermaßen stabiles Umfeld brauchen.

Die «Zwangsmigration» beruht auf der Not fehlender Einkommensmöglichkeiten oder verweigerter Menschenrechte und führt zum erzwungenen Verlust sozialer, insbesondere auch familiärer Beziehungen. «Zwangsmigration» bedeutet

zu einem Teil, Menschen wie Waren zirkulieren zu lassen und sie nach dem Gebrauch zu «entsorgen». Für die Ware «Mensch» bedeutet dies, dass er von seinen «reproduktiven», d.h. familiären Tätigkeiten abgespalten wird und sie den zurückgebliebenen – meist weiblichen – Angehörigen überlässt. Immer häufiger migrieren aber auch weibliche Familienmitglieder, die die Hauptverantwortung für die Familienarbeit tragen. Sie geraten durch ihre Doppelverantwortung als ErnährerInnen und Kinderbetreuerinnen häufig in sehr belastende Situationen, insbesondere wenn ihre Kinder ihnen nicht nachziehen dürfen. Zwischen Herkunftsländern und Zuwanderungsländern zeichnet sich eine Arbeitsteilung ab: Den Herkunftsländern und den dort verbliebenen Frauen wird die «Reproduktionsarbeit» und «Humankapitalausstattung» für die in den Zuwanderungsländern benötigten erwerbstätigen Arbeitskräfte aufgebürdet. Das demographische Argument, dass die «überalterten» Zuwanderungsländer wirtschaftlich und sozial auf junge ZuwanderInnen angewiesen seien, setzt diese globale Arbeitsteilung implizit voraus.

Moderne Wirtschaft und BürgerInnenrechte

Migrationspolitik steht im Spannungsfeld der Erwartungen an unbegrenzte und an begrenzte Mobilität. Dabei waltet der Staat als Steuerungsinstanz: Er wacht nicht nur über die Begrenzung der Bevölkerungszahl, sondern vollzieht auch die Abwehr oder Ausweisung nicht mehr gebrauchter Nicht-BürgerInnen. Diese als «Sicherheitspolitik» verkaufte Tätigkeit betreiben die westlichen Staaten mit einer geradezu akribischen Besessenheit und setzen dabei immer mehr Ressourcen, Überwachungstechnologien, transnationale Absprachen und gewalttätige Methoden ein.⁶ Der Staat versucht den Transportgesellschaften zunehmend die Verantwortung für «unkontrollierte» Ein-

Die «Zwangsmigration» beruht auf der Not fehlender Einkommensmöglichkeiten oder verweigerter Menschenrechte.

⁴ Christian de Brie: Das neue MAI ist angekommen, *Le Monde diplomatique*/WOZ, Mai 1999.

⁵ Brigit Mahnkopf, Elmar Altvater: Arbeitsmärkte zwischen Internationalisierung und Informalisierung, in *Widerspruch* 25 zu Arbeitslosigkeit – wirtschaftspolitische Analysen, Juni 93.

**Die Integration
von Staats-
angehörigen
erfolgt über ihre
BürgerInnenrechte,
diejenige von
MigrantInnen
über den
Arbeitsmarkt.**

wanderung zuzuschieben und sie zu Zwangsrückführungen zu verpflichten. Ende September dieses Jahres hat sich die Swissair geweigert, die geknebelten und gefesselten Zwangspassagiere zu transportieren, weil dadurch die Sicherheit an Bord gefährdet werde.⁷ Technisch raffiniertere Zwangsausweisungsmethoden sind jedoch auf intergouvernementaler Ebene bereits in Vorbereitung. In diesem Sinne ist die globalisierte Wirtschaft zwar nicht auf mehr Demokratie, jedoch auf einen starken Staat angewiesen. Der Ausbau staatlicher «Sicherheitspolitik» gegen die «unkontrollierte Zuwanderung», der u.a. auf dem Schengener und dem Dubliner Abkommen beruht, wird dementsprechend von den «wirtschaftsfreundlichen» Kreisen befürwortet.⁸

Die gesamtgesellschaftliche Arbeit erbringen verschiedene Kategorien von Arbeitskräften: einerseits entlohnte und unentlohnte Arbeitskräfte, andererseits Arbeitskräfte mit und ohne politische Rechte. Etwa die Hälfte der Arbeitszeit in der Schweiz ist unentlohnte Arbeit; ein Viertel der Erwerbstätigen hat keine politischen Rechte. Ein beträchtlicher Teil der unbezahlten sowie der bezahlten Arbeit wird somit von Menschen ohne politische Rechte geleistet, d.h., ein Teil der unbezahlten Arbeit wird von Personen ohne BürgerInnenrechte gegen tiefe Entlohnung geleistet. Dies ist von nicht geringer Bedeutung: Die (formellen) Arbeitsmärkte werden sehr stark durch den Staat reguliert, dessen TrägerInnen die StaatsbürgerInnen mit demokratischen Rechten sind.

⁶ Heiner Busch: Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa, Verl. Westfälisches Dampfboot, Münster 1995.

Siehe dazu auch Helmut Dietrich: Europäische Flüchtlingspolitik und der NATO-Krieg, in Widerspruch Nr. 37 zu Flüchtlinge, Migration und Integration, S. 4–20.

Siehe dazu auch die Bulletins von augen auf Zürich, PF 363, 3000 Bern 11.

⁷ Ausschaffungsstopp für renitente Häftlinge. Swissair verweigert Transport, NZZ 30.9.99.

⁸ In ihrer Wahlplattform 1999 begründet die SPS im Kapitel Flüchtlingspolitik ihren Wunsch nach einem EU-Beitritt ebenfalls mit der Notwendigkeit, sich dem Dubliner Asylabkommen anschliessen zu können.

Die staatliche Migrationspolitik trägt den Konkurrenzängsten der BürgerInnen und gleichzeitig der Wirtschaftsnachfrage nach flexiblen, kurzfristigen und auch hochqualifizierten Arbeitskräften Rechnung, indem sie den ausländischen Arbeitskräften den Rechtsanspruch auf Einbürgerung und Aufenthalt vorenthält.

Die Integration von Staatsangehörigen erfolgt hauptsächlich über ihre BürgerInnenrechte, diejenige von MigrantInnen vorrangig über den Arbeitsmarkt. In der Schweiz verlieren AusländerInnen (ausser die Niedergelassenen und die anerkannten Flüchtlinge) ihr Aufenthaltsrecht, sobald sie nicht mehr in die (Geld-)Wirtschaft integriert sind. Bei SchweizerInnen, die ihre Erwerbsarbeit verlieren, verpflichtet sich der Staat, eine gesellschaftliche Integration – wenn auch oft mit spärlichen Mitteln – zu gewährleisten. Der Staat kann sich somit jener EinwohnerInnen ohne Aufenthaltsanspruch entledigen, die ihm Sozialkosten verursachen. Aus dieser Perspektive sind AusländerInnen ohne Aufenthaltsrecht einträgliche BewohnerInnen des Staatsterritoriums: Mit ihrer Arbeitskraft erwirtschaften sie einen beachtlichen Geldertrag, ohne entsprechende sozialstaatliche Leistungen zu beanspruchen. Zudem kommen AusländerInnen als fixfertige Arbeitskräfte ins Land, wodurch sich der Staat die Ausbildung und die Gesellschaft die (unbezahlten) Kosten für das Grossziehen erspart.

**Moderne Wirtschaft
und informeller Sektor**

Saskia Sassen entwickelte eine ökonomische Theorie, die der Migration und der informellen Arbeit eine fundamentale Bedeutung zuschreibt. Die «global Cities», die Zentren der globalen Wirtschaft, bevölkern nicht bloss die hochqualifizierten Führungskräfte, Fachexperten und

BeraterInnen, sondern auch jene Arbeitskräfte, die das globale Produktions- und Finanzsystem warten: das Reinigungs- und Verpflegungspersonal, die Reparateure und Chauffeure, die Hausangestellten, Pflegerinnen, Sexarbeiterinnen – kurz alle jene Dienstleistenden, die der gutbezahlten Schicht Lebensannehmlichkeiten gewährleisten. Hoch- und tiefbezahlte Dienstleistungen, formelle und informelle Arbeit sind eng miteinander verknüpft.⁹ Lange wollte man in der Schweiz nicht wahrhaben, dass auch bei uns der informelle Sektor blüht. Entsetzt wird nun festgestellt, dass schätzungsweise acht Prozent (31 Mia. Fr.) unseres Bruttoinlandsproduktes im informellen Sektor erwirtschaftet wird.¹⁰ Der Staat, der Gewerbeverband und der Gewerkschaftsbund streben vereint eine stärkere Kontrolle und Repression der Schwarzarbeit an, letzterer aus Besorgnis um die Gefährdung der geregelten Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder. Doch die geregelten Arbeitsplätze werden rarer, und immer mehr Menschen, In- und AusländerInnen, sind auf den Erwerb oder Zusatzverdienst im informellen Sektor angewiesen.¹¹ Eine erleichterte soziale Absicherung der informell Arbeitenden wäre eine Massnahme, die der heutigen Wirtschaftsentwicklung gerechter würde. Sanktionen gegen die Schwarzarbeit treffen jedoch die Rechtlosesten am härtesten: MigrantInnen mit und ohne Aufenthaltsbewilligungen. Die Erwerbsarbeit in der modernen Wirtschaft ist nicht nur dereguliert, sondern auch informalisiert worden und organisiert sich in jeder Hinsicht nach flexiblen Prinzipien. Der informelle Sektor bringt einerseits neue Beschäftigungsmöglichkeiten hervor und bietet eine Erleichterung für viele von Armut Betroffenen, andererseits leistet er der Ausbeutung Vor-schub und bringt den Staat um Sozialab-

gaben und Steuern. Doch viele jener im informellen Sektor Beschäftigten profitieren nur in geringerem Masse von den staatlichen Sozialleistungen. Das neoliberale Konzept des bedingungslosen Wettbewerbs verdrängt kollektive Solidarität.

Diskriminierende Strukturen

Dass MigrantInnen aus Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien dafür dankbar sein müssen, wenn sie bei uns die nicht-lukrative Arbeit verrichten sowie unser demographisches Problem lösen dürfen und in schlechten, überteuerten Unterkünften leben müssen, ist bei uns zu einem Allgemeinverständnis geworden. Unsere Arbeitsmärkte sind «rassistisch» strukturiert, d.h., sie beruhen auf einer systematischen Diskriminierung nach Herkunft. Zwar ist eine solche Diskriminierung in internationalen Konventionen und in der Schweizer Verfassung verboten, doch erlaubt der Staat eine unterschiedliche Behandlung von AusländerInnen und SchweizerInnen, «sofern dies aufgrund der wesentlichen Rolle der Schweizer Nationalität als sachlich gerechtfertigt erscheint»¹². Eingriffe in die von der Verfassung gewährten Rechte werden häufig auch mit dem «öffentlichen Interesse», das überwiegt, gerechtfertigt, wie beispielsweise die Beschlagnahme von Vermögenswerten bei Asyl-suchenden und vorläufig Aufgenommenen.¹³ «Sachlich gerechtfertigte Ungleichbehandlung» geht weit über die Vorenthaltung von Stimm- und Wahlrecht hinaus und erfasst praktisch alle Lebensbereiche von MigrantInnen: eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung, begrenztes Recht auf Familienleben, Benachteiligung bei den Sozialrechten etc. Es sind diese nach Herkunft dis-

Eine erleichterte soziale Absicherung der informell Arbeitenden wäre eine Massnahme, die der heutigen Wirtschaftsentwicklung gerechter würde.

⁹ Saskia Sassen: Ansätze zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft, in Olympe, Heft 7; Die Mobilität von Arbeit und Kapital, in PROKLA 83, 1991; Metropolen des Weltmarkts. Die Rolle der Global Cities, Campus Verl., Frankfurt a.M. 1996.

¹⁰ Le boom des Suisses qui travaillent au noir, L'Hédo, 16.9.99.

¹¹ Die im informellen Sektor Beschäftigten sind mehrheitlich InländerInnen.

¹² Erster Bericht der Schweiz zur Umsetzung des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, S. 9, Bern, Mai 1996.

kriminierenden Schranken, mit denen der Staat die für die Unternehmen passende Segregierung einleitet und gegen die sich die ArbeiterInnen ohne BürgerInnenrechte nicht zur Wehr setzen können. Der ausländische Lebenspartner einer Schweizerin kann, wie in der Einleitung beschrieben, durch diese strukturellen Voraussetzungen in eine «unterlegene» Position geraten. Weit schlimmer trifft es jedoch die ausländische Partnerin eines Schweizer: Migrantinnen entkommen nicht selten patriarchalen Verhältnissen, haben jedoch am neuen Ort mit erneuter Diskriminierung nicht nur aufgrund ihrer Herkunft, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts zu kämpfen. Mit ihrer Migrationserfahrung erwerben sich viele Migrantinnen und MigrantInnen jedoch ein komplexes Wissen, Vielsprachigkeit und geistig-psychische Beweglichkeit, die sie zu ressourcenreichen Personen für die Wirtschaft und insbesondere für die Gesellschaft machen. Auf eine «bestmögliche Entfaltung und Nutzung des Potentials der Zugewanderten (und der Einheimischen)» ist denn auch das neue Leitbild und Handlungskonzept des Kantons Basel-Stadt ausgerichtet.¹⁴

¹³ Antwort des Bundesrates auf die dringliche Anfrage von Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot (99.1113) vom 30.8.99.

¹⁴ Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrates zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt (Autorin: Dr. Rebekka Ehret, Ethnologin).

Migration ist für viele Menschen eine Überlebensstrategie. Wenn wir nach den Ursachen von «Zwangsmigration» fragen, sind wir jeweils mit grundsätzlichen Wirtschaftsfragen konfrontiert. Sie wird einerseits durch zerstörte Subsistenzwirtschaft, durch fehlende existenzsichernde oder adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten in den Herkunftsländern, andererseits durch die Nachfrage nach kostengünstigen (meist weiblichen) Arbeitskräften in den freien Produktionszonen und in den Zuwanderungsländern wesentlich mitverursacht. Die Migrationspolitik in den westlichen Ländern beruht auf der wirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeitskräften, die der einheimische Arbeitsmarkt nicht oder nicht günstig genug anbietet. Migrationsanalysen sind immer auch Wirtschaftsanalysen. Wirtschaftsanalysen jedoch sparen in der Regel häufig den Migrationsbereich und damit einen wesentlichen «Faktor» aus. Und auf eine aus dem Wirtschaftszusammenhang herausgelöste Migrationsfrage lässt sich keine sinnvolle Antwort finden.

Anni Lanz, Soziologin, Geschäftsführerin der BODS: Bewegung für eine offene, demokratische und soziale Schweiz, Mitarbeiterin im Frauenrat für Aussenpolitik FrAu.